

Saale-Zeitung.

Neunundzwanzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spalte oder deren Raum mit 20 Pfg. ...

(Der Nachdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Wegungspreis

für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimonatlicher Bestellung 2,75 M., ...

Für die Redaktion verantwortlich: Hans Paulus in Halle.

(Reprint-Verbindung mit Verlin, Leipzig, Magdeburg u. Nachdruck-Str. 176.)

Nr. 345.

Halle a. d. Saale, Freitag den 26. Juli.

1895.

Die Wirkung der Handelsverträge von 1891.

Die Handelskammer zu Breslau veröffentlicht jetzt das ausführliche Gutachten, welches sie Mitte d. M. auf die Umgründung des Handelsministeriums über die Wirkung der Handelsverträge mit Österreich-Ungarn, Italien, Belgien und der Schweiz erstattet hat.

Die Wirkung, welche ein Handelsvertrag auf die wirtschaftlichen Verhältnisse ausübt, läßt sich viel weniger aus Einzelberichten einzelner Industrieller oder Kaufleute erkennen, als aus dem Vergleich der Statistik über die Ein- und Ausfuhr.

Wenn man dies erwägt, so wird man es begreiflich finden, wie eigentlich nach jedem Vertragsabschluss eine gewissenhafte Aufzählung von der Wirkung desselben Platz greift, selbst wenn die statistischen Daten überzeugend darthun, wie — von Einzelheiten vielleicht abgesehen — das Vertragswerk ganz überwiegend günstige Wirkungen gereizt hat.

Bei der Beurteilung der Wirtschaftslage von Ein- und Ausfuhr sind in erster Linie die Preisveränderungen in Betracht zu ziehen, die ja namentlich bei Erzeugnissen des Vorkonsums von den Exportländern abhängen, die letzteren sind von nachfolgendem Einfluss auf die Mengen der ein- und ausgeführten Waaren; auf diese wirken wieder auch die allgemeine Wirtschaftslage ein, und da muß besonders hervorgehoben werden, daß jeder Vergleich unserer Ausfuhr in den Jahren, welche dem Abschluss der vier Verträge unmittelbar vorangingen, mit der in den ihnen folgenden Jahren in hohem Grade zu Ungunsten der letzteren ausfallen muß, da die Zeit einer wirtschaftlichen Hochflut der einen tiefen Depression in nahezu allen Ländern der Erde gegenüber gestellt wird.

Es kommt ferner hinzu, daß die fortwährende Schmitz in allgemeinen steigender Arbeitslosigkeit die Produktionskosten in erster Linie aller Industrie-Erzeugnisse andererseits wesentlich erniedrigt und daß diese Erniedrigung dort, wo die deutsche Waare ohne Schutz mit derjenigen anderer Länder konkurrieren muß, bzw. in Wettbewerb mit der durch höhere Fertigkeiten zu treten hat, im Preise ihren vollen Ausdruck findet; auch deshalb muß der Werth unserer Ausfuhr bei gleicher Menge eine rückwärtige Bewegung zeigen.

Anderer konnte die deutsche Produktion einen ihrer wichtigsten Faktoren — die Eisenbahnfrachten — seit Verwirklichung der Bahnen in Preußen nicht mehr in irgendeine nennenswerthe Weise erniedrigen, während in der gleichen Zeit in nahezu allen wichtigeren Kulturstaaten die Bahnrücklagen erheblich erniedrigt worden sind. Ganz besonders aber leiden hierunter die Gegenden, welche mit dem Weg ihrer Holz- und Holzstoffe, mit dem Abgang ihrer Produkte aus Schlesien in Konkurrenz angehen sind, wie dies gerade die größeren Entfernungen angehen sind, wo dies gerade die größeren Entfernungen angehen sind, wo dies gerade die größeren Entfernungen angehen sind.

Das Gutachten selbst, welches nicht nur die besonderen Verhältnisse der Stadt Breslau, sondern vielfach auch Industrie und Handel der ganzen Provinz Schlesien berücksichtigt, enthält ein überaus reiches Material an Mitteilungen hervorragender Gewerbetreibender, an statistischen Tabellen über Ein- und Ausfuhr, sowie über den Eisenbahnverkehr zwischen der Provinz Schlesien und Österreich. Hervorgehoben zu werden verdient auch das Schlussurteil der Handelskammer; dasselbe lautet folgendermaßen: „Unserer Erzeugnisse ist die Zeit, welche seit Abschluss der Handelsverträge vergangen ist, noch viel zu kurz, um die günstigen Folgen derselben übersehen zu können, um so mehr, als in die Jahre 1893 und 1894 der deutsch-russische Zollkrieg mit seinen furchtbaren Einwirkungen fiel und die Krönung der ganzen Handelspolitik erst durch den im Verlaufe abgehandelten russischen Handelsvertrag erfolgt ist. Sodann aber besteht infolge der verschiedenen Ereignisse während der letzten Jahre in fast allen Ländern der Erde eine tiefgehende wirtschaftliche Depression, die ihren furchtbaren Ausdruck in den außerordentlich niedrigen Preisen fast aller Erzeugnisse, sowie in den nebenstehenden Ergebnissen der Handelsbilanzen der wichtigeren Kulturstaaten findet. Fast überall Mangel des Wertes der Einfuhr sowohl wie der

Ausfuhr; die Bilanzen aller größeren Industriestaaten haben sich verschlechtert; nahezu am wenigsten gegenüber dem letzten Jahre vor den Handelsverträgen die Bilanz Deutschlands. So wenig erfreulich die Zahlen auch sind, so hat Deutschland immerhin Urfache, mit seiner Bilanz nicht unzufrieden zu sein; seine Handelspolitik und die Festigkeit seiner Bevölkerung haben ihm über die schwere Zeit tiefer Depression verhältnismäßig gut hinweggeholfen.

Das laufende Jahr hat eine erhebliche Belebung der wirtschaftlichen Tätigkeit auf fast allen Gebieten hervorgerufen; Inland und Ausland zeigen wieder Aufschwung, Unternehmungsgeist und Kaufkraft; die steigenden Ziffern unseres Exports während der ersten fünf Monate des Jahres legen davon bereits Zeugnis ab. Abgesehen von Kohle, Erzen und Getreide sind es namentlich die hochwertigsten industriellen Erzeugnisse, deren Ausfuhr wesentlich im Steigen ist.

Wer es als die wichtigste Aufgabe der Handels- und Zollpolitik ansieht, die Inlandsindustrie möglichst zu steigern und damit schließlich doch den Konsum und die Lebenshaltung der breiten Schichten einzuschränken, mag in den Verträgen einen Fehler sehen, wer aber für Handel und Industrie stabile Verhältnisse und damit unseren Gewerbestand einen Markt für seine Erzeugnisse sichern will, der wird in diesen Handelsverträgen doch ein Werk sehen, das unseren Vaterland zum besten und reichsten so zahlreich Wünsche auf dem Gebiete der Zollermäßigungen für unsere Handelsverträge haben, so dankbar erkennen wir die große und wichtige Tat an, die der Politik immer weiter gehender Abwehrmaßnahmen ein Ziel setzte und fortwährend auch die schutzunerlässigsten Staaten nötigt, sich dem Verkehr wieder mehr zu öffnen. Soll freilich Deutschland an dieser gesunden Entwicklung des Weltverkehrs seinen gebührenden Antheil erhalten, dann ist es notwendig, dem Verkehr auch im Innern nicht fortwährend neue Schranken zu errichten, sondern die alten zu beseitigen, neue Verkehrswege zu schaffen und den Transport zu verbilligen.“

Deutsches Reich.

Sofort und Personalnachrichten.

Thyland, 25. Juli. Der Kaiser unternahm gestern einen Spaziergang nach einem etwa eine deutsche Meile entfernten Fischweilspitze, wo ein Widder stand. Abends veranlaßte er sich um die höchsten schneebedeckten Berge, Seehöhe: 11000 Fuß und Brohm mit Menschen überfällt, welche der Musik zubieten. Heute morgen wurde Betrieben zwischen dem Bogen der „Sobensollen“ und der „Gefion“ veranfaßt. Heute abend 7 Uhr geht die Märsche direkt nach Sonth, wo die Ankunft Sonntag mittag erfolgen soll.

Zum Empfang des Kaisers Wilhelm III. werden in England große Vorbereitungen getroffen. Die Königin wird während der Anwesenheit ihres verehrtesten Gastes in Cowes zwei Goldmedaillen zu dessen Ehren veranlassen, während der Prinz von Wales seinen Schwager auf der Yacht „Victoria und Albert“ begleitet wird. Am Sonntag den 10. August wird der Kaiser wahrscheinlich das Lager von Aldershot besuchen. — Lord Salisbury wird die nächsten Vorbereitungen auf Kaiserliche Gänge zu einem glänzenden Empfang des Kaisers Wilhelm. Mehr als 300 Arbeiter haben die letzten Boden das Schloss für den kaiserlichen Besuch in Stand gesetzt.

Vom Reichs-Haushalt.

Das amtliche Blatt veröffentlicht die Ergebnisse des Reichshaushaltsetats für das Etatsjahr 1894/95. Die Einnahmen betragen 2,976,000,000 M., die Ausgaben 2,480,000,000 M. mehr aufgebracht, als im Etat vorgesehen war. Da das Reich von den Zöllen und der Tabaksteuer nur den sechsten Antheil von 130 Millionen Mark erhält, kommt der Mehretrag ganz den Einzelstaaten zu gute. An Verbrauchsabgaben für Braumwein sind 492,000,000 M., an Stempelabgaben für Wertpapiere 14,678,000 M. mehr eingenommen. Auch die Zölle fallen den Einzelstaaten ganz zu. Infolgedessen haben die Ueberschüsse an die Bundesstaaten 382,859,618 M., d. h. 27,409,618 M. mehr, als im Etat angenommen war, betragen. Die Zundersteuer hat 4,966,000 M., die Salzsteuer 1,721,000 M., die Malschsteuer und Brennweinsteuer 37,000 M., die Brausteuer 614,000 M., der Spielartenstempel 25,000 M., die Wechselstempelsteuer 170,000 M., die statistische Gebühr 77,000 M. mehr eingebracht. Die Post- und Telegraphenverwaltung hat einen Ueberschuss von 152,000 M. ergeben, die Reichsbank einen solchen von 18,000 M. Einen Ueberschuss über sich, und zwar von 892,000 M., hat nur die Eisenbahnverwaltung ergeben und der Antheil an dem Ertrage der Reichsbahn ist um 3,329,000 M. hinter dem Vorratstag zurückgeblieben. An verschiedenen Verwaltungseinheiten sind 1,230,000 M. mehr aufkommen; außerdem sind noch an Zinsen aus belegten Reichsgeldern, Ueberschüssen aus früheren Jahren und sonstigen Einnahmen 110,000 M. eingegegangen. Die durch den Nachtrag bewilligten 10,400 Militärbeitrag sind nicht zur Erhebung gelangt. An ordentlichen Einnahmen, soweit sie dem Reich verbleiben, sind 7,092,374,78 M. mehr zur Reichskasse geflossen als vorgesehen war, und da außerdem auch Ausgabenersparnisse im Betrage von 79,858,30 M. zu verzeichnen sind, so hat sich für den Reichshaushaltsetat ein Ueberschuss von 7,172,232,08 M. ergeben. — Für das Kriegsjahr sind 580,000 M. weniger ausgegeben, im Ueberschuss des Reichsstaats des Jahres 480,000 M., bei der Reichsschuld 2,764,000 M., während der Ueberschuss 1,115,000 M., das Reichsstaatsjahr 1,818,000 M., der Reichswaldenfonds 525,000 M. mehr erzielt haben. — Mit diesem Abschluß wird die Reichsregierung neue Steuerforderungen nicht begründen können.

Vom nächsten Marineetat.

Offiziell wird gekündigt: Bangehelt heute der Etat für die Verwaltung der Kaiserlichen Marine auf das Jahr 1896/97 noch nicht festgestellt, so ist es doch sicher, daß mit dem nächsten jährigen Marineetat die Durchführung der dem Etat für 1895/96 beigegebenen Beschlüsse wieder um einen Schritt gefördert werden wird, nachdem der laufende Etat durch die Schlussurteile für den Bau der früher als Panzerfahrzeuge gedachten, jetzt als Panzerschiffe 4. Klasse genannten Kriegsfahrzeuge „A“ und „D“, in der gleichen Richtung gewirkt hat. Für die Kreuzer II. Klasse „R“ und „S“ müssen im nächsten jährigen Etat zweite Raten verlangt werden. In dem laufenden Etat ist die erste Rate in der Annahme einer zweijährigen Baugeschwindigkeit gefordert worden. Die zweiten Raten würden demnach, wenn anders der erste Plan beibehalten wird, die Schlussurteile derselben und es würde sich ermöglichen lassen, sich zwei Jahre in der angelegenen Baugeschwindigkeit zu beschränken, die „gezügeltere Kreuzer“ in nächster Zeit herzustellen. Diese Gruppe von Kriegsfahrzeugen ist bisher am meisten unter den in der Beschlüsse geforderten veranschlagt worden. Während die darin verlangten Panzerschiffe, Kreuzer und Minenschnelboote, von den Panzerfahrzeugen der größere Teil bereits hergestellt ist, ist von den damals als „Kreuzerfortsetzer“ bezeichneten Schiffen bisher nur ein Kreuzer „Gefion“ hergestellt. Sieben waren aber damals verlangt. Wenn nunmehr im nächsten Etatsjahre noch weitere zwei „gezügeltere Kreuzer“ fertiggestellt werden, so wird zwar immer noch nicht die Hälfte der geforderten geschützten Kreuzer, von dieser mit Rücksicht auf die Aufgaben der Marine durchaus notwendigen Fahrzeugkategorie aber wenigstens drei Repräsentanten vorhanden sein.

Verkauf der Straßburger Tabakmanufaktur.

Wie ein Straßburger Blatt wissen will, soll die Regierung mit dem Gedanken umgehen, die kaiserliche Tabakmanufaktur in Straßburg an eine Aktiengesellschaft zu verkaufen; es sollen sogar mit der Straßburger Tabakmanufaktur vorm. Schaller & Bergmann ein Veräußerungsvertrag abgeschlossen sein. Von anderer Seite hat darüber noch nichts verlautet, die Meldung verdient auch wenig Glauben. Obwohl die Regierung der Reichslande nichts Besseres thun konnte, als sich der Fabrik, die sich vornehmlich in reitieren wird, so schnell als möglich zu entziehen, ist gegenwärtig kaum daran zu denken, daß sie sich dazu entschließen wird. Daran wird sie schon die Rücksicht auf die Interessen, die die reichsständliche Landwirtschaft an der Manufaktur haben soll, verhindern. Die „Deutsche Tabakfabrik“ erinnert übrigens daran, daß schon vor 23 Jahren die Fabrik vorhanden gewesen sei, die Fabrik zu verkaufen; damals habe man aber das sehr hohe Gebot, das heute sicherlich nicht wieder erreicht werden dürfte, nicht angenommen.

Beisitzende Mandatstellungen.

* Wie die „Post“ hört, hat Staatssekretär v. Bütticher dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Herrn v. Kölliker, in einer amtlichen Zuschrift mitgeteilt, daß zu dem am 18. August stattfindenden feierlichen Grundsteinlegung zu dem Nationaldenkmal für Kaiser Wilhelm I. den Mitgliedern des Gesamtverbandes des Abgeordnetenhauses besondere Einladungen zu gehen werden, daß aber auch den übrigen Mitgliedern des Hauses Gelegenheit gegeben werden soll, an der Feier theilzunehmen. Herr v. Bütticher erwidert deshalb den Präsidenten v. Kölliker, den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses davon Kenntnis zu geben. Herr v. Kölliker fordert nun die letzteren auf, falls sie theilnehmen wollen, dies umgehend dem Bureau des Abgeordnetenhauses anzeigen zu wollen, damit die ungefähre Zahl der erforderlichen Einladungen festgestellt werden könne. Weiter, die gleichzeitig Mitglieder des Reichstages sind, sollen auf Wunsch durch den Präsidenten des Reichstages Einladungen erhalten.

* Der Landwirtschaftsminister Herr. von Sommerstein haben in und der Provinz Schlesien-Solliten abgereicht. Man dürfte wohl nicht fehlgehen, wenn man die Stelle mit der bereits vor einiger Zeit in Aussicht gestellten Beschäftigung der dem schlesischen-berlinischen Bestände vorliegenden Sphex und Galligen in Verbindung bringt.

* Der Kultusminister Hofe hat einen Urlaub bis Ende August erhalten und wollte Donnerstag die Reise nach Wetzlar antreten.

* Die Einnahmen der preussischen Staatseisenbahnen haben im Monat Juni aus dem Vertrieben und Gewinnsverkehre 28,897,000 M. (gegen Juni 1894 mehr 6,441,875 M., vor April. 1119 M. (-285 M.), aus dem Güterverkehr 49,447,447 M. (-2,257,551 M.), vor April. 1865 M. (-120 M.), zusammen 78,044,000 M. (+ 4,188,815 M.) vor April. 2952 (+ 110 M.) ergeben. Für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni sind demnach die Einnahmen aus dem Vertrieben und Gewinnsverkehre 73,978,000 M. (+ 6,828,885 M.) aus dem Güterverkehr 151,888,000 M. (- 811,612 M.). Die Ueberschüsse aus dem Güterverkehr scheitern hauptsächlich auf die vom 1. April d. J. in Kraft getretenen Vorschriften über das Stößen- und Bedienungswesen der Eisenbahnen zurückzuführen sein.

* Der Bundesrat hat in der Sitzung vom 14. d. M. beschließen: In den Bestimmungen über die Verwaltung des landwirtschaftlichen Zweden beizubehalten, der Satz 2 von der Salzabgabe wird 1. unter Ziffer 2 Ust. 2 folgender weitere Satz eingefügt: „Ebenso kann Salz zur Fabrikation von Natriumsulfat (Natron) verwendet werden und die Salzfabrikation genannten Salzmenge. Nur bei der Salzfabrikation zuzulassen.“

* Der Oberpräsident des Landgerichts in Breslau, Orgensen, ist am 20. d. M. von dem Reichspräsidenten in Potsdam ernannt worden.

* Osthilf, 25. Juli. An Stelle des verstorbenen Grafen von Fürstentum wählten heute nachmittag 2 Uhr die Landstände den Landrat v. Seydewitz-Osthilf zum Landesbauplatzmann der Ober-Landh.



